

Vor genau einem Jahr, am 30. September 2010 eskalierten die Proteste um das Bahnprojekt "Stuttgart 21". Der damalige baden-württembergische CDU-Ministerpräsident Mappus ließ Hundertschaften verummter, paramilitärischer Polizei-Einheiten auf eine angemeldete Schülerdemonstration, sowie eine rahmengebende Großdemonstration los. Der Protest richtete sich gegen "Stuttgart 21" und die im Rahmen dieses Projektes geplante Umweltzerstörung im Stuttgarter Schlossgarten.

Die Demonstranten hatten in einem Akt (basis-)demokratischen "zivilien Ungehorsams" den Stuttgarter Schlossgarten am Hauptbahnhof besetzt, um die Abholzung der dortigen Bäume zugunsten des geplanten Tiefbahnhofs zu verhindern. Der polizeistaatliche Gewaltexzess richtete sich mit Schlagstöcken, Pfefferspray und Wasserwerfern gegen friedliche Demonstanten, darunter viele Alte, Kinder und Jugendliche.

Sowohl in seiner Planung als auch in seiner Ausführung wird dieser Polizei-Einsatz von Kritikern durchweg als maßlos und illegal angesehen. Die Ermittlungen zu den unzähligen von Polizisten im Auftrag des Landes Baden-Württemberg und der Stadt Stuttgart begangenen Verbrechen gegen friedliche, unbewaffnete Zivilisten werden bis zum heutigen Tage verfassungs- und rechtswidrig in gemeinschaftlicher Zusammenarbeit von Stuttgarter Polizei, Staatsanwaltschaft und Justiz

behindert.

Selbst in der liberalen "Demokratie-Theorie" müssen Legislative, Exekutive und Jurisdiktion streng und eindeutig voneinander getrennt sein. Gemäß eines aufgeklärten Demokratie-Verständnisses wäre das geradezu selbstverständlich und eine fundamentale Grundvoraussetzung für eine wenigstens ansatzweise freiheitliche Gesellschaft. Selbst im liberalen Parteien- und Parlamentsstaat sind die sogenannten "Staatsgewalten" formal dazu verpflichtet, sich gegenseitig zu kontrollieren und das Fehlverhalten einer "Staatsgewalt" durch die jeweils beiden anderen zu korrigieren.

Das Gegenteil davon jedoch geschieht in Stuttgart, und dies mit hoher krimineller Energie. Mit zahlreichen Manipulationen oder Vertuschungen von

Beweismaterial, sowie mit Falschaussagen wurde und wird bis heute versucht, den Protest gegen "Stuttgart 21", insbesondere am 30. September 2010 zu kriminalisieren. Die Bilanz des polizeistaatlichen Gewaltexzesses am "Schwarzen Donnerstag" waren und sind eine Tote, ein Erblindeter sowie insgesamt rund vierhundert verletzte Demonstranten.

Das es ist nicht zu mehr Toten und Schwerverletzten gekommen ist, grenzt fast an ein Wunder angesichts des Ausmaßes, der Rücksichts- und Gewissenlosigkeit und der Willfährigkeit der polizeilichen bzw.

paramilitärischen Gewalt. Ein schwerkrimineller Akt war insbesondere das Einsetzen der Wasserwerfer, die mit höchstem Druck gezielt auf die Köpfe und Gesichter der Demonstranten gerichtet wurden, um offenbar bewusst schwerste Verletzungen in Kauf zu nehmen und auf diese Weise die Proteste gegen "Stuttgart 21" gewaltsam zu beenden.

Dies ist jedoch bis heute nicht gelungen. Das Großprojekt "Stuttgart 21" ist demokratisch – politisch, rechtlich, fachlich, ökonomisch und ökologisch weder legitimiert, noch legitimierbar. Vielmehr ist das

gesamte Projekt von Fehlplanung, Täuschungen und Klüngelei durchzogen und zersetzt. "Stuttgart 21" besitzt also keine wirklichen, vernünftigen Argumente – gewissermaßen folgerichtig, als endgültige Bankrotterklärung, bleibt den Befürwortern nur die Sprache der Gewalt, rhetorisch und praktisch - kriminell, bürokratisch, juristisch und paramilitärisch.

Der polizeiliche Gewaltexzess am "Schwarzen Donnerstag" war eine unverhohlene

Kriegserklärung eines  
Obrigkeitsstaates an die  
Zivilbevölkerung. Genauer  
gesagt, an die Teile der  
Zivilbevölkerung, die dem  
Obrigkeitsstaat und seinen  
Beschlüssen und Vorgaben  
bedingungslosen Gehorsam und  
kritiklose Unterwerfung  
verweigern. Dieser Gewaltexzess  
war letztlich nichts geringeres als  
ein Offenbarungseid eines  
tendenziell totalitären Staates,  
der von Elementen aus vor- und  
antiaufklärerischen Zeiten und  
mit eben solchen

Geisteshaltungen besetzt und zersetzt ist.

Gewalt ist die Sprache von Herrschern – Herrschaft ist das Gegenteil von Freiheit. Das und nur das ist Aufklärung, also Vernunft, Mündigkeit, Moralität und Freiheit

. Alles andere bleibt Irrationalität, Unmündigkeit, Unterwürfigkeit und Unfreiheit.

Charaktereigenschaften und verkappte Ideale, die bei willfährigen Handlangern, Bewunderern und Mit- und Nachläufern herrschaftlicher, obrigkeitsstaatlicher Autoritäten äußerst ausgeprägt sind. Besonders auffällig ist dies bei Stuttgart 21-Befürwortern.

Ebenso auch bei prügelnden Polizisten, deren Mut gerade ausreicht, oder nur dazu besonders groß ist, sich an friedlichen, wehrlosen Demonstranten, Alten, Kindern und Jugendlichen zu vergreifen. Auf Geheiß einer Obrigkeit. Ein Polizeiapparat, der zum Gehorsam zur Gewalt gegen wehrlose, friedliche

Zivilisten verpflichtet ist, ist  
in seinem ganzen Wesen  
nach völlig unfähig zum  
Repräsentieren und  
Stützen einer  
demokratischen  
Gesellschaft, einer  
"freiheitlichen  
Grundordnung". Im  
Gegenteil ist er nichts  
weiter als der  
Gewaltapparat eines

Obrigkeitsstaates, einer  
Diktatur.

Die sich im  
permanenten,  
potenziellen  
Bedrohtheits- und  
Kriegszustand mit der  
Gesellschaft, mit der  
Freiheit befindet. Mit

Menschen, die teilhaben  
und mitbestimmen  
wollen, souverän und  
mündig, auf Basis der  
Vernunft, anstelle  
herrschaftlicher  
Vernunft- und  
Freiheitssurrogate. In  
Zeiten, wie den  
gegenwärtigen,  
angesichts des  
weltweiten Kollaps einer

Wirtschaftsdiktatur, der politische Herrschaftsstrukturen, teils sich willfährig andienend, unterworfen sind, wird dies, Herrschaft und Gewalt als deren Grundlage, und als einzige Antwort auf die zunehmenden sozialen Proteste, über alle Maßen ersichtlich.

In Zeiten wie diesen,  
unter wirtschaftlichen  
und politischen,  
polizeistaatlichen  
Bedingungen, wie den  
gegenwärtigen, ist  
"ziviler Ungehorsam"  
Pflicht, ja überhaupt nur  
demokratisch. Freiheit,

im aufgeklärten  
Verständnis als das  
diametrale Gegenteil  
von Herrschaft, muss  
das Ziel bleiben. Denn  
Freiheit und  
Demokratie sind  
weiterhin viel mehr nur  
Ideen und Ideale, als  
praktisch verwirklicht,  
als gesellschaftlich und

politisch realisiert.

In der politischen  
Realität sind Freiheit  
und Demokratien  
ideologische  
Surrogate, die vom  
Parteien- und  
Polizeistaat für sich

selbst, als Herrschafts-  
und Gewaltlegitimation  
in Anspruch  
genommen werden.  
Ein solcher  
Obrigkeitsstaat, wie  
der gegenwärtige  
liberale  
parlamentarisch und  
(ministerial-)bürokrati

sch organisierte  
Parteien- und  
Polizeistaat, in der die  
Staatsgewalten  
ineinander  
verschmolzen sind  
, hat keinerlei  
Ambitionen und  
Potenzial zur  
Freiheit.

Ein Obrigkeitsstaat  
also mit einer  
Exekutive, in der  
Legislative und  
Jurisdiktion als  
parlamentarischer,  
bürokratischer,  
juristischer und  
polizeilicher,

tendenziell  
paramilitärischer  
Gewaltapparat  
aufgegangen sind,  
ist faktisch eine  
Diktatur. Ein Staat,  
der zwangsläufig,  
bereits nach seinen  
eigenen

"Demokratie"-Maßst  
äben, selbst keine  
demokratische  
Legitimation hat.  
Von im Geheimen  
geplanten,  
hoheitlich  
verordneten und  
schließlich

gewaltsam  
vollstreckten  
Projekten wie  
"Stuttgart 21" ganz  
zu schweigen.

- **Pro Stuttgart**  
**21: Vom**  
**Faschismus zum**  
**Extremismus**

- **Stuttgart 21:**  
**Die**

# Wirtschaftsdiktat ur und ihr Gewaltapparat

- Georg

# Schramm auf Montagsdemo

- Schramm  
und Priol auf

# Montagsdemo

## - Staatsterror in Stuttgart

- Stuttgart 21 -

Terror gegen

Mensch und

Natur

- Deutscher  
Polizeistaat  
gedeiht